

Die zwölf Lektionen des CES

Der Wirtschafts- und Sozialrat widmet der Pandemie sein Jahresgutachten

Von Annette Welsch

Der Wirtschafts- und Sozialrat (Conseil économique et social, CES) widmet sein kürzlich veröffentlichtes Jahresgutachten 2022 zur wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Entwicklung des Landes der Pandemie. Genauer gesagt wird aufgelistet, mit welchen Maßnahmen Luxemburg auf diese Herausforderung reagierte – mit finanziellen Hilfen, Urlaub aus familiären Gründen, Kurzarbeit, Telearbeit, aber auch gesetzlich mit dem Notstand und den Covid-Gesetzen. Es werden aber auch zwölf Lektionen für die Zukunft gezogen.

Genau wie die EU-Kommission, der Internationale Währungsfonds und auch die OECD in ihrer von der Regierung bestellten Studie kommt der CES zur Schlussfolgerung, dass das Land dank des Einsatzes zig Tausender Bürger, Grenzgänger, Beamter und Verantwortlicher im öffentlichen und privaten Sektor vergleichsweise gut durch die Krise kam. Aber: Die Krise ist noch nicht vorbei, auch wenn sie weniger sichtbar ist und die Bevölkerung ihre Freiheiten wiedererlangt hat, mahnen die Sozialpartner. Und sie hat Spuren hinterlassen, wie Long Covid oder die Langzeitauswirkungen auf die mentale Gesundheit oder auch die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Struktur durch die Telearbeit.

Von Krisen nicht mehr überraschen lassen

Als Zweites weist der CES darauf hin, dass die Krise nicht wirklich eine Überraschung war und weitere folgen können. Vor dem Risiko einer weltweiten Pandemie hatten Spezialisten schon lange gewarnt und China war Monate im Voraus betroffen, dennoch war der Schock brutal. „Muss man sich von einer Krise wirklich immer überraschen lassen?“, fragt der CES und verweist auf politische Krisen, wie die Flüchtlingskrise oder den Brexit, auf Naturkatastrophen, wie den Tsunami, auf die vier Wirtschaftskrisen seit 2000 in Europa und auf die aktuelle Krise durch den Ukrainekrieg. Und über allem hänge der Klimawandel und der Verlust der Biodiversität. Luxemburg sei aufgrund seiner Größe und Abhängigkeit besonders vulnerabel – die sanitäre Krise habe das Verdienst, dass sich die Entscheidungsspitzen dessen nun bewusst sein müssten.

Damit die Systeme Krisen widerstehen können, müssen sie vor den Krisen gut funktionieren, stellt der CES fest und hebt hervor, dass der öffentliche Dienst seinen Auf-

gaben gerecht wurde, dass die Gesundheitsdienste trotz der Abhängigkeit von den Grenzgängern dem hohen Druck standhielten, dass die politische Stabilität unter Beweis gestellt wurde und die Infrastruktur der Telekommunikation und des Internets die plötzlich erhöhte Beanspruchung schafften.

Fast 3,5 Milliarden Euro an Hilfen und hohe Pandemie-Kosten bei einem Wirtschaftseinbruch um 1,8 Prozent 2020: Krisen kosten viel Geld, deswegen sollte der Staat über genügend finanziellen Spielraum und eine gewisse Schuldenkapazität verfügen, ist eine weitere Feststellung. „Ohne gesunde Staatsfinanzen im Vorfeld von Krisen können diese sehr schnell existenziell werden“, heißt es im Gutachten. Die Finanzkapazitäten würden zunehmend ein strategisches Thema zur Abfederung künftiger Krisen.

Auch die Selbstständigen sind im Falle einer Krise vulnerabel, konnten aber weder auf Hilfen noch auf Kurzarbeit zurückgreifen. „Bestimmte Gruppen waren zumindest in einer ersten Phase die Vergessenen der Krise“, schreibt der Wirtschafts- und Sozialrat. Die Regierung sollte gemeinsam mit ihnen einen gleichgestellten Status für die Selbstständigen ausarbeiten.

Pandemiegesetz ausarbeiten

Der Regierung wird zudem ans Herz gelegt, ein Pandemiegesetz auszuarbeiten, das die Ausrufung des Notstands vermeiden hilft und auf dessen Basis die Regierung sanitäre Maßnahmen per Verordnung erlassen kann. Denn die Einbeziehung des Parlaments in die Festlegung der sanitären Maßnahmen habe Grenzen: Hastig geschriebene Texte, zu kurze, manchmal gar keine, Fristen, Gutachten, die nicht berücksichtigt werden konnten und Gesetze mit Rückwirkung waren das Resultat.

Der CES ist auch der Meinung, dass sich die Krisenkommunikation von der normalen politischen Kommunikation unterscheidet. Essenziell wichtige Botschaften für die nationale Sicherheit müssen der Bevölkerung vermittelt werden, die Ansagen zu Maske, Sanitärpass oder Impfpflicht waren da nicht immer kohärent. Die Regierung sollte sich in solchen Fällen professionell begleiten lassen und Wissenschaftler sowie Experten hinzuziehen.

Auch die Abhängigkeit von Grenzgängern und von den politischen Entscheidungen der Nachbarländer im Gesundheitssystem gehören angegangen. Sie sei ein strukturelles Pro-

blem, deren immense Tragweite zu spät erkannt wurde. Der Ärztemangel und die künftige Verschärfung des Problems sei lange bekannt und seit dem Lair-Bericht 2019 lägen auch Lösungsansätze vor. Das Gesundheitsministerium wird aufgefordert, hier eine kohärente Politik zu entwickeln und weil es wohl nicht die letzte Pandemie war, sollte an eine zentralisierte Struktur für diese Patienten gedacht werden – gemeint ist ein Pandemie-Krankenhaus.

Die Pandemie sei auch ein Test für die EU gewesen – für die Freizügigkeit und den Binnenmarkt, die beide im wahrsten Sinne des Wortes ihre Grenzen aufzeigten, stellen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter fest. „Die Drohungen mit Schließungen und die Restriktionen an den Grenzen ließen Zweifel an der Widerstandsfähigkeit der europäischen Idee im Falle eines Härtefalles aufkommen.“ Das von den Nachbarländern so abhängige Luxemburg musste sich eingestehen, dass seine Gewissheit über die Standfestigkeit europäischer Errungenschaften schnell enttäuscht werden könnte. Und die Betriebe mussten erkennen, dass der Binnenmarkt nur so lange funktioniert, wie die Mitgliedsstaaten es zulassen und dass der Rückgriff auf Telearbeit auch seine steuerlichen und sozialrechtlichen Grenzen hat. Die Regierung wird deswegen ermutigt, alle Initiativen der EU zu unterstützen, die das Funktionieren des Binnenmarkts verbessern und seine Integrität schützen.

Sozialpartner für Kommunikation nutzen

Auch in eigener Sache hat der CES eine Schlussfolgerung aus der Pandemie: Die Sozialpartner können auch in Krisen, die nicht ihrer direkten Kompetenz entsprechen, nützlich sein. So können sie mit ihren technischen Mitteln und ihrer Kapazität als Bindeglied bei der bereits oben angesprochenen Kommunikation dienen. Denn die Politik kann nicht unter dem Druck des Moments alleine alles erklären und keiner kann die Arbeitnehmer und Arbeitgeber so direkt erreichen wie die Sozialpartner. Auch im Vorfeld von gesetzlichen Maßnahmen hätten deren praktische Kenntnisse nützlich sein können für die Umsetzung. Leider blieben die Kontakte oft spontan und informell, dabei hätten „die Multiplikation der Maßnahmen, ihre Komplexität und die enormen praktischen Schwierigkeiten mit ihrer Hilfe oft besser gemeistert werden können“.

Schließlich geht der CES auch auf die Telearbeit ein, die durch die Pandemie einen Paradigmenwechsel in der Arbeitswelt bewirkte. Hier wird der Regierung geraten, die Analysen und Studien zum Impact auf die Betriebe und Verwaltungen, wie beispielsweise bei der Produktivität oder der Work-Life-Balance der Arbeitnehmer, eng zu verfolgen. Nicht zuletzt wird geraten, kurzfristig mit den drei Nachbarländern eine Angleichung nach oben der fiskalischen und sozialrechtlichen Toleranzgrenzen zu erreichen.

Zu guter Letzt brauche es zur akuten Kri-

senbewältigung statistische Indikatoren in schneller Frequenz. Die Pandemie und vor allem die Ausgangssperre hatten desaströse Konsequenzen für die Wirtschaft. Da war es hilfreich, dass der Stateg über die monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Daten hinaus auf open und big data zurückgriff, um die Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Aktivitäten schnell abzubilden und den Wirtschaftsentscheidern täglich Informationen zukommen zu lassen. Das müsste weiter entwickelt werden.

- *Ohne gesunde*
- *Staatsfinanzen im Vorfeld von Krisen können diese sehr schnell existenziell werden.*

Wirtschafts- und Sozialrat